

Dokumenten-anfrage
gemäß § 31 f GOG-NR

der Abgeordneten Jörg Leichtfried, Genossinnen und Genossen

an die Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt

betreffend **Gemeinsame Erklärung mehrerer Mitgliedstaaten zu Ungarn**

Art. 23e B-VG und das EU-Informationsgesetz sehen eine verpflichtende und unverzügliche Unterrichtung von Informationen zu EU-Vorhaben vor. Verpflichtet ist der jeweils zuständige Bundesminister/die jeweils zuständige Bundesministerin.

Um die Einhaltung dieser Unterrichtungspflichten zu kontrollieren, wurde in § 31f GOG-NR eine eigene Kategorie parlamentarischer Interpellation geschaffen.

Am 1.4.2020 veröffentlichte das niederländische Außenministerium eine Erklärung Belgiens, Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, Deutschlands, Griechenlands, Irlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederländer, Portugals, Spaniens und Schwedens zu der Ausschaltung der Rechte des Parlaments in Ungarn und der weitgehenden Ermächtigung der Regierung Orban. Sie forderten die Europäische Kommission auf, die Entwicklungen in Ungarn genau zu beobachten und ggf. den Rat allgemeine Angelegenheiten (wohl im Zuge des Art. 7 – Verfahrens gegen Ungarn) zu befassen.

Die Erklärung lautet wie folgt:

“Statement by Belgium, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, Ireland, Italy, Luxembourg, the Netherlands, Portugal, Spain, Sweden

In this unprecedented situation, it is legitimate that Member States adopt extraordinary measures to protect their citizens and overcome the crisis. We are however deeply concerned about the risk of violations of the principles of rule of law, democracy and fundamental rights arising from the adoption of certain emergency measures.

Emergency measures should be limited to what is strictly necessary, should be proportionate and temporary in nature, subject to regular scrutiny, and respect the aforementioned principles and international law obligations. They should not restrict the freedom of expression or the freedom of the press.

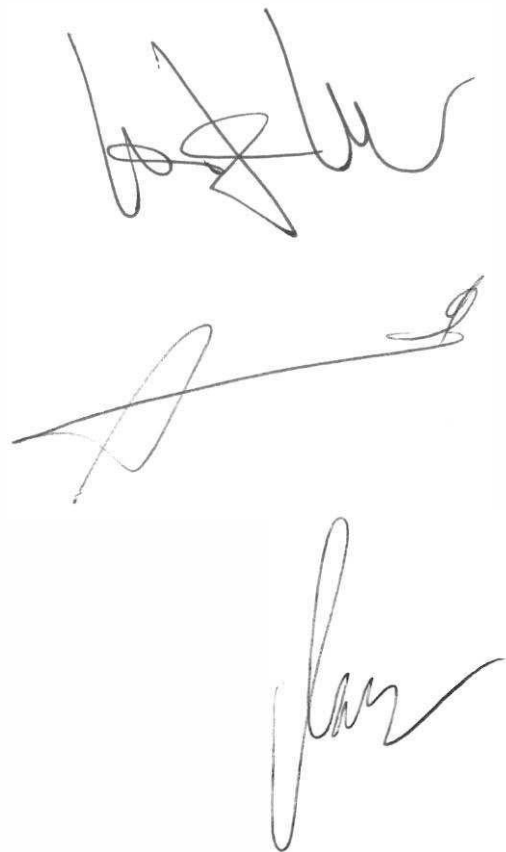
We need to jointly overcome this crisis and to jointly uphold our European principles and values on this path. We therefore support the European Commission initiative to monitor the emergency measures and their application to ensure the fundamental values of the Union are upheld, and invite the General Affairs Council to take up the matter when appropriate.”

Österreich hat diese Erklärung aus unerklärlichen Gründen nicht unterstützt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgende

DOKUMENTENANFRAGE

- 1) Wurde Ihnen vorab der Entwurf der oben angeführten Erklärung übermittelt?
- 2) Wann wurde Ihnen dieser übermittelt?
- 3) Welcher Dienststelle wurde dieser übermittelt?
- 4) An welche anderen österreichischen Organe wurde der Entwurf von Ihnen weitergeleitet?
- 5) Wann wurde er von Ihnen an die Parlamentsdirektion übermittelt?
- 6) Haben Sie auf die Übermittlung des Entwurfs geantwortet?
- 7) Wann haben Sie geantwortet?
- 8) Mit welchem Inhalt haben Sie geantwortet?
- 9) Haben Sie inhaltliche Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge gemacht?
- 10) Aus welchen Gründen haben Sie die Unterstützung der Erklärung abgelehnt?
- 11) Wann haben Sie diese Ablehnung an wen auf welche Art kommuniziert?
- 12) Haben Sie die Entscheidung, die Erklärung nicht zu unterstützen, mit dem Bundeskanzler oder dem Vizekanzler abgesprochen?
- 13) Haben Sie die Entscheidung, die Erklärung nicht zu unterstützen, mit dem Bundespräsidenten abgesprochen?



NR Leichtfried
NR Einwallner
NR Krainer
NR Hammerschmied
NR Muchitsch

